



Interview

Exklusiv-Interview mit isländischem Finanzexperten Guðbjörn Jónsson



Guten Tag und herzlich willkommen hier auf Klagemauer.tv hier in Eyrarbakki (Island). Kla.tv hatte die Gelegenheit, ein Interview mit Herrn Gudbjörn Jonsson zu führen. Herr Jonsson ist Finanzexperte und verfügt über fundierte Wirtschaftskennntnisse. Herr Johnson hat sich selbst diese Sendung von RUV angesehen und kritisiert sowohl das RUV wie das schwedische Fernsehen. Er hat daraufhin eigenständig einen Dokumentarfilm dazu verfasst und seine Kritik schriftlich dem RÚV und dem schwedischen Fernsehen übermittelt.

Guten Tag und herzlich willkommen hier auf Klagemauer.tv hier in Eyrarbakki (Island). Kla.tv hatte die Gelegenheit, ein Interview mit Herrn Gudbjörn Jonsson zu führen. Herr Jonsson ist Finanzexperte und verfügt über fundierte Wirtschaftskennntnisse. Herr Johnson hat sich selbst diese Sendung von RUV angesehen und kritisiert sowohl das RUV wie das schwedische Fernsehen. Er hat daraufhin eigenständig einen Dokumentarfilm dazu verfasst und seine Kritik schriftlich dem RÚV und dem schwedischen Fernsehen übermittelt.

Reporter: Herzlich willkommen, Herr Jonsson, bei kla.tv. Könnten Sie uns in Kürze mitteilen, was Sigmundur Davíð Gunnlaugsson als Ministerpräsident eigentlich bewirkt hat?

Herr Johnson: Herzlichen Dank für Ihre Einladung. Ja, um kurz zu beschreiben, was in einer großen Aktion viel aufgewirbelt hat, das ist nicht so leicht. 2009 ist Herr Gunnlaugsson wie ein Sturmwind in die isländische Politik eingebrochen, denn er ging sofort mit ziemlicher Härte gegen die „Icesave“-Schulden an und gegen die Versuche des Internationalen Währungsfond IWF, dass die Staatskasse die Schulden von allen Banken bezahlen sollte. Er schlug so einen ganz neuen Weg in der Politik ein, der früher hier im Land nicht üblich war. Er ging unkonventionelle Wege in Bezug auf die Finanz-Landschaft und wollte die ganze Finanzwelt in bedeutender Weise verändern. Und das kam nicht so gut an und hat ihm Gegenwind von politischen Gegnern und von der Finanzwelt eingehandelt, die ihn weg haben wollten. Er stand in dieser ganzen Zeit ständig unter Druck. Man kann es auch so sagen: Er kämpfte gegen das Vorhaben vom Internationalen Währungsfond IWF, der wollte, dass die Staatskasse alle Bankschulden übernehmen sollte, und das hätte bedeutet, dass wir eine ähnliche Schuldensituation bekommen hätten wie einige Staaten in Südamerika. Der Zustand unseres Landes wäre so geworden, dass wir kaum Verdienste hätten machen können, um die Zinsen zu zahlen. Wir hätten die Schulden nie abbezahlen können und eine jahrelange Armutssituation wäre für das Volk in Island eine unvermeidbare Tatsache geworden. Die Nation wurde auf diesem Weg in eine sehr ernste Lage hineingesteuert. Man kann es nicht verleugnen, dass er es geschafft hat, das von unserem Land abzuwenden. Sigmundur hatte auch eine feste Einstellung gegen die EU-Mitgliedschaft und kämpfte sehr dafür, dass diese Richtung nicht weiter eingeschlagen würde. Gleich zu Beginn seiner Regierungszeit hat er darauf hingearbeitet, dass der Mitgliedsantrag an die EU zurückgestellt wurde. Deshalb kann man schon behaupten, dass er damit und der Umstrukturierung des Geldsystems, die da schon begonnen hatte, der isländischen Nation sehr viel Gutes getan

hat. Vielleicht ist sein grösster Triumph, dass er bewirkt hat, dass der Ausgleich der Konkursmasse der bankrott gegangenen Banken der Staatskasse nicht den Verlust eingebracht hat, mit dem alle gerechnet hatten, sondern dass sie sogar mit einem Gewinn daraus hervorgegangen ist. Die Schulden von der Staatskasse sind sogar dadurch noch weiter gesunken.

Reporter: Wie lautet Ihre Kritik an RUV wegen deren Sendung Kastljós, in der der Ex-Ministerpräsident interviewt wurde und weiterhin: Warum haben Sie eine Beschwerde an das schwedische Fernsehen SVT 1 geschickt?

Herr Johnsson: RUV ist natürlich das Staatsfernsehen, das vom Volk und der Staatskasse finanziert wird. Es ist weit von ihrem Aufgabenbereich entfernt, an irgendwelchen Attacken auf einzelne Personen oder einzelne Firmen teilzunehmen. Was nämlich hier zu sehen war, war eine offensichtliche Attacke auf eine einzelne Person und die erlaubt keine andere Sichtweise, als dass es sich um eine mit Staatsgeldern finanzierte Attacke auf die Person des Ministerpräsidenten und damit um Rufmord handelt. Das sehe ich nicht als Aufgabe des Staatsfernsehens und das kann es auch nie werden. Deshalb haben ich ihnen einen Brief mit der Aufforderung geschrieben, eine von zwei Sachen zu wählen, entweder eine öffentliche Entschuldigung abzugeben oder ein Video von mir zu veröffentlichen, das meine Sichtweise der Dinge darlegt. Ich habe darauf keine Antwort bekommen. So, alles ist offen. Man kann sagen, dass das Gleiche für den Brief an das schwedische Fernsehen gilt. Der handelte nämlich auch darum, warum ein staatliches Fernsehen eines befreundeten Nachbarlandes die Position einnimmt, die Person des Ministerpräsidenten eines anderen Staates auf diese Weise zu attackieren und somit seinen Ruf zu ruinieren und: „Was ist der Unterschied zwischen solch einem Vorgang und einem Terroranschlag?“ Zu diesen Fragen habe ich allerdings bisher auch keine Antworten erhalten. Sie werden aber weiterhin befragt, nämlich dann, wenn mein Video fertig ist.

Reporter: Herr Johnsson, was fanden Sie an der Reportage hauptsächlich problematisch?

Herr Johnsson: Das eigentlich Schwerwiegende an dem Interview war, dass man keinen einzigen Beweis finden konnte, zu dem, was behauptet wurde. Nirgends waren lesbare Dokumente, die man auf ihre Richtigkeit hätte überprüfen können. Aber auch, dass der Mann in Verbindung mit Kriminellen gebracht wurde, in einer Weise, dass man denken musste, als wäre er einer von denen. Es ist so vieles, was da nicht stimmt! Man kann das nicht alles aufzählen. Außerdem ist ihr Benehmen, wie sie ihn täuschten, dem schwedischen Fernsehen ein Interview zu geben, sehr frech. Also: Das schwedische Fernsehen verabredet ein Interview mit ihm über Wirtschaftsfragen und als der Ministerpräsident schon im Interview vor den Kameras sitzt und schon nicht mehr weg kann, wird er auf einmal mit ganz anderen Fragen überrascht. Dann kommt der isländische Mann, nämlich Johannes Kr. dazu, ihm wird die Führung übergeben und der überrennt ihn einfach. Und das ist alles organisiert gewesen.

Reporter: Etwa 10 Prozent der Isländer stürmten auf die Strasse und versammelten sich vor dem isländischen Parlament, um gegen das Verhalten ihres Ministerpräsidenten zu protestieren. Was hat die Wut des Volkes denn so entzündet? War er denn nicht in gewisser Weise tatsächlich heuchlerisch? Denn einerseits galt er als Zauberer, der das Bankensystem kritisiert, und andererseits lässt er zeitgleich Geld über eine Offshore-Firma verschwinden.

Herr Johnsson: Die Wut des Volkes ist natürlich absolut nachvollziehbar, weil wir das über viele Jahre durchgemacht haben, dass hier eine Gruppe von Menschen waren, die grosse Geldsummen von den Banken geliehen bekommen und aus dem Land gebracht haben und sie dann dort verschwinden ließen. Sie ließen dann die Nation einfach den Schaden tragen. Das ist im Grunde das, was man unter einem Offshore-Geschäftsmodell versteht. Geld, welches einem nicht gehört, nimmt man und dann lässt man es in einer Offshore-Firma

verschwinden. Das konnte man durch solche Geschäftsmuster immer wieder erkennen. Aber im Fall von Herrn Gunnlaugsson und seiner Frau ist es ganz anders. Sie erhielt nämlich einen Nachlass, also eine Summe Geld, das jemand ganz normal verdient hat. Also geht sie zu ihrer Bank und lässt sich dort beraten, wie sie das Geld für sich arbeiten lassen kann. Der Berater weiß an sich nichts Besseres und berät sie nach dem gleichen Muster, wie er es mit den Kunden macht, die ihr Geld verschwinden lassen wollen. Er möchte auch für sie eine Firma am gleichen Ort aufmachen. Allerdings funktioniert das aber bei ihr nicht auf diese Weise, weil sie ihr Geld gar nicht verschwinden lassen wollte. Sie möchte ihr Geld einfach gut anlegen. Und deshalb hat sie auch kein Versteck gespielt. Jedes Jahr ist auch an ihrem Steuerbescheid erkennbar, welchen Wert diese Firma hat. Aber in den anderen Fällen, wo die Leute das Geld einfach verschwinden lassen, dort ist es dann einfach verloren und es erscheint auch nirgendwo. Das ist der große Unterschied zwischen ehrlichem Verhalten und ganz klarem Geschäftsbetrug.

Reporter: Was sind Ihrer Meinung nach die wirklichen Gründe, die hinter dem Angriff auf Herrn Gunnlaugsson stecken? Was steckt dahinter? Sind es irgendwelche hinter den Kulissen, die den Angriff steuern?

Herr Johnsson: Ja, keine Frage, ganz eindeutig. Es sind auch keine Isländer. Auch das ist ganz klar. Denn das Ganze wurde ganz anders gesteuert, als wenn es nur politische Feinde wären. Politische Menschen sind ein bisschen wie unschuldige Tiere, die benutzt werden. Ich nenne die manchmal die isländischen Schafshunde, die zwar bellen, aber nicht wissen, warum sie bellen. Und es ist auch sehr interessant, dass es nicht in die Richtung geführt wird, die Wähler von Gunnlaugssons Partei Framsóknarflokknum zu vergraulen, damit ihre Mehrheit im Parlament verloren gehe, sondern es wird hauptsächlich dorthin geführt, dass die Person von Herrn Gunnlaugsson unglaublich gemacht wird. Das ist ein Gedankengut, dass ich hier nicht gefunden habe, im isländischen Umfeld, einfach nur die Person auf diese Weise zu attackieren. Hier hätten sie eher sein Verhalten angegriffen oder so etwas. Das ist die isländische Methode. Aber wenn sich jemand in diesem Umfeld befindet, ist er mitten im international gemachten Gefilde drin. Dort wird mit viel mehr Härte aus der weltweiten politischen Ecke heraus geführt, hauptsächlich in der Finanzpolitik, aber auch real mit Faktoren, die sich mit dem Faktor der Glaubwürdigkeit befassen. Herr Gunnlaugsson war sehr bestrebt zu versuchen, die Nation in eine Selbstzufriedenheit hinein zu bringen. Sie sollten autark sein, keine Schulden aufhäufen, sondern sich aus der Schuldenfalle herausarbeiten. Dabei nicht wie die ganz Reichen leben, sondern nur das kaufen, was man sich leisten kann. Das war die eigentliche Sichtweise, die er befürwortet, aber das ist eben auch gleichzeitig das Todesurteil für den Spekulationskreislauf weltweit. Wäre das passiert, dass man die ganze Nation auf diesen Weg hätte bringen können, dann wäre in der Finanzwelt ein bestimmter Dominoeffekt entstanden und die Aktien-Landschaft hätte sich akut sehr verkleinert. Dann wären viele von den so genannten Superreichen einfach so arm wie wir geworden.

Reporter: Ist es möglich, dass die Journalisten von RUV und dem schwedischen Fernsehen gar nicht gemerkt haben, wessen Interessen sie da vertraten? Dass sie vielleicht sogar dachten, einen investigativen Journalismus zu betreiben, aber in Wirklichkeit von Handlangern mit ganz anderen Zielen benutzt wurden?

Herr Johnsson: Ja, das ist sehr wohl möglich, sogar sehr wahrscheinlich. Wenn man nämlich darüber nachdenkt, scheint es einem seltsam, dass gegen eine Person auf diese Weise vorgegangen wird, ohne dass sie einem etwas angetan hat, es sei denn, dass die Ausführenden mit anderen Ideen gefüttert wurden und sie in einer anderen Illusion am Leben erhalten werden, als es der Realität entspricht. So muss es eigentlich sein, weil es sehr unwahrscheinlich ist, dass es jemand auf sich nimmt, einen anderen anzulügen und ihn in

ein Interview lockt, bloss, um ihn dann zu demütigen. Es sei denn, dass sie mit ganz anderen Informationen gefüttert wurden, die sonst nicht so offensichtlich waren. Da steckt bestimmt etwas dahinter, und das waren Gunnlaugssons Absichten, mit denen er die Gesellschaft verändern wollte. Er war sehr entschlossen, das Umfeld der Preisindexierung aufzulösen. Er war entschlossen, sowohl das Bankensystem wie das Finanzsystem als Ganzes zu verändern. Er war auch sehr entschieden, das Volk anzuleiten, ein anderes Leben zu führen, sich nicht immer bis aufs Äußerste zu verschulden, sondern davon zu leben, was schon verdient worden war. Also zuerst das Geld verdienen, bevor es ausgegeben wird. Diese Faktoren wirken sich äußerst einflussreich auf viele Kräfte in dieser Welt aus. Diejenigen aber, die solche Veränderungen vorantreiben, werden aufs Äußerste attackiert. Und das ist meiner Meinung nach das Szenario, an dem sich beide, das isländische und das schwedische Umfeld, beteiligten. Ein Teil von dem Ganzen ist auch das, was wir die Panama-Papers nennen. Es ist eine reine Fiktion, dass der Computer im Anwaltsbüro Mossack Fonseca gehackt worden sei! Es ist absolut ausgeschlossen, dass man bei einem Einbruch 38 Jahre alte Dokumente finden kann. Kein Computer kann solche Datenmengen sammeln, kein Computer kann mit Dateien, die älter als 20 Jahre sind, fertig werden. So gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder ist das lange im Voraus geplant, wo diese Dateien über einen langen Zeitraum gesammelt wurden, um sie dann bei einer guten Gelegenheit mit einem Schlag zu präsentieren. Und dann kam diese Gelegenheit, denn es waren weltweit auch andere Leute da, die auf dieselbe Weise dachten. Deshalb ist das auch dort mit einem Schlag geschehen. So geschah es, dass wir da genau zur falschen Zeit da waren und deshalb in diesem Kreislauf gelandet sind. Hier geht es gar nicht um einen Prozess, der mit Island zu tun hat, ausser dass unser Premierminister fälschlicherweise bezichtigt wurde, dass er Geld in Steueroasen verschwinden lassen wollte. Es gibt keinerlei Beweise dafür. Reporter: Gibt es etwas zum Schluss, was Sie noch sagen möchten?

Herr Johnsson: Ja, man kann es so zusammenfassen, dass die größten Faktoren, warum Sigmundur so angegriffen wurde, die waren, dass er vorhatte, das Finanzsystem zu ändern und die Investmentbanken von Geschäftsbanken zu trennen. Geschäftsbanken sind solche Banken, die normale Depositen bearbeiten. Sie geben Kredite an normale Menschen, Familien und kleine Firmen. Die haben einen Rahmen, laufen von selbst und besitzen eine eigene Haftung. Auf der anderen Seite ist der Umgang bei Investmentfirmen auf Riesenkredite aufgebaut. Dort wird spekuliert, dort wird in Faktoren investiert, die Gewinne einbringen können, und es gibt andere, die dann auch Verluste einbringen können. Die Realität ist, dass sie genau betrachtet, keine realen Gewinne machen, sondern sie gedeihen von ständig neuen Kreditaufnahmen. Gunnlaugssons Vorhaben war es, für das Volk das Umfeld der Geschäftsbanken von den Investmentbanken zu trennen. Beide Systeme verknüpft zu lassen, versaute nämlich die Geschäftswelt, weil das Investmentumfeld die Versicherungsfaktoren aus den Geschäftsbanken holte und manchmal unsere Kontoguthaben für ihre Spekulationsgeschäfte benutzte. Das heisst, dass das Umfeld die Darlehensanteile für Familien und Kleinfirmer wegen Zinsen und anderen solchen Dingen negativ beeinflusst hat. Das ist das, was er ändern wollte, das sozusagen in ein heilsameres Umfeld zu bringen. Das würde eine grundlegende Veränderung für die wirtschaftliche Landschaft bedeuten, nicht nur in Island, sondern in der ganzen Welt. Obwohl wir klein sind, ist unsere Position so, dass wenn es hier gut läuft, dann folgen uns andere Länder hinterher. Das hätte bedeutet, das, was den grössten Investoren, Milliardären und Hedgefonds und dergleichen das grösste Gewicht verleiht, ist deren grosser Umsatzfaktor, der durch die Erstellung von Wertpapieren entsteht, wo nichts dahinter steckt, d.h., da steckt kein realer Wert dahinter, nur Umsatz. Das wälzt man einfach um in den Computersystemen und wird später bezahlt. Dieses Umfeld wäre fast verschwunden, wären Gunnlaugssons Ideen

realisiert worden und dann wären ganz viele grosse Beteiligte bei der Finanzwelt auf einmal einfache Laute, wie wir es sind. Das wäre nicht gut bei denen angekommen, dass so etwas zustande kommen könnte, deshalb musste dieser Mann auf die Seite gestellt werden. Was er aber dem Anschein nach machen konnte und das hat er gemacht, war, Tatsache war, dass er drei von den größten Hedgefonds der Welt den Gehorsam beibringen konnte, indem er sie dazu brachte, wegen dem Bankrott der alten Banken keine Probleme zu machen und mit den Abschluss-Verrechnungen hin und her Schluss zu machen und ein Abkommen mit der Regierung von Herr Gunnlaugsson zu schließen. Er brachte sie zusammen mit seiner Regierung an den Verhandlungstisch. Sie mussten dann mehrere Hundert Milliarden Kronen an den isländischen Staat zurückbezahlen. Alles aus dem Anteil, den sie sich als Profit aus der Konkursmasse der alten Banken gutgeschrieben hatten. Das holte sich Sigmundur David bei denen einfach durch seine Entschlossenheit zurück. Das Problem lag eigentlich bei der alten, der vorherigen Regierung, da der damalige Finanzminister kein Rückgrad hatte, gegen die Hedgefonds anzutreten, und so hat er den Hedgefonds über Nacht fast die ganzen Staatsbanken geschenkt. Aber die Entschlossenheit von Gunnlaugsson, diese Gelder zurückzuholen, ist inzwischen eine bewiesene Tatsache. – Jetzt, vor ein paar Tagen stand es in den Nachrichten, dass von dem Geld, das der Staat beim Bankenkollaps ausgab, mehr zurückgekommen ist, als er ihnen gegeben hat.

Reporter: Herr Johnsson, vielen herzlichen Dank, dass Sie da waren und sich Zeit genommen haben, diese Fragen zu beantworten. Vielen Dank!

von r.g.

Quellen:

Interview mit isländischem Finanzexperten Guðbjörn Jónsson

Das könnte Sie auch interessieren:

#Island - www.kla.tv/Island

#Interviews - www.kla.tv/Interviews

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!


Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.